

Trägt die neue Strategie im Irak?

Anhaltender politischer Stillstand gefährdet die Erfolge bei der Aufstandsbekämpfung

Guido Steinberg

Die Sicherheitslage im Irak hat sich seit Beginn der jüngsten amerikanischen Offensive im Januar 2007 erheblich verbessert. Es ist den US-Truppen gelungen, die ethnisch-konfessionellen Säuberungen in Bagdad deutlich zu reduzieren, indem sie schiitische Milizen und die sunnitische al-Qaida im Irak aus der Stadt verdrängt haben. Die sunnitische Provinz Anbar im Westen des Landes wurde mit einer Kombination aus Verhandlungen mit gemäßigeren Aufständischen, Einbindung der Stämme und verstärkter militärischer Präsenz weitgehend befriedet. Gleichwohl ist eine nachhaltige Stabilisierung des Irak nicht abzusehen, denn die irakische Politik nutzt die Verbesserung der Sicherheitslage nicht, um zwischen den Parteien tragfähige Kompromisse zu schmieden. Werden aber in den kommenden Monaten nicht die Grundlagen für eine politische Aussöhnung geschaffen, könnten sich die Stabilisierungserfolge des Jahres 2007 als flüchtig erweisen und in eine neue Phase des irakischen Bürgerkriegs überleiten.

Die amerikanische Truppenverstärkung und die damit verbundene Änderung der US-Militärstrategie im Irak haben seit Januar 2007 überraschend schnell Erfolge gezeitigt. Der Rückgang der ethnisch-konfessionellen Gewalttaten lässt sich am deutlichsten an der Zahl der zivilen irakischen Opfer darstellen: Sie sank von rund 100 pro Tag im Jahr 2006 auf rund 25 pro Tag Ende 2007. Diese Zahlen sind insofern problematisch, als unklar ist, inwiefern darin auch die Opfer ethnisch-konfessioneller Gewalt außerhalb von Bagdad und Anbar und die der Auseinandersetzungen zwischen schiitischen Gruppierungen in den Provinzen südlich von Bagdad vollständig einberechnet sind. Seit 2006 werden vermehrt Atten-

tate in den arabisch-kurdisch-turkmenischen Mischgebieten im Norden und Nordosten des Landes verübt. Insbesondere die Provinz Diyala ist ein Schwerpunkt der Gewaltkonflikte geworden. Im Süden des Landes haben sich die Machtkämpfe zwischen schiitischen Gruppierungen schon seit Frühjahr 2006 deutlich verschärft. Die aus diesen Gebieten stammenden Zahlen dürften noch weniger verlässlich sein als die aus der Hauptstadt.

Es gibt dennoch keinen Zweifel, dass die genannten Daten einen Trend wiedergeben. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Anschlags- und Verlustzahlen von Ende 2007 ungefähr dem Niveau des Jahres 2005 entsprechen. Die konfessionell motivierte

Gewalt eskalierte erst ab Februar 2006. Es ist also zunächst einmal nur der Vergleich mit den Ereignissen des Jahres 2006, der die gegenwärtige Situation als Verbesserung erscheinen lässt.

Die amerikanische Strategie

Die neue amerikanische Strategie beruht auf vier Hauptelementen: 1. auf der Erhöhung der amerikanischen Truppenzahlen im Irak und Änderungen in der Militärtaktik, 2. auf einem entschlossenen Vorgehen gegen schiitische Milizen, vor allem gegen die Mahdi-Armee des populistischen Predigers Muqtada as-Sadr, 3. auf Verhandlungen mit gemäßigeren sunnitischen Aufständischen mit dem Ziel, sie zur Aufgabe des bewaffneten Kampfes zu bewegen, und 4. auf der Bildung von Stammesmilizen zur Bekämpfung der verbleibenden Aufständischen. Ob die amerikanischen Erfolge militärisch Bestand haben werden, ist noch nicht abzusehen.

Die wichtigste offene Frage ist das künftige Verhalten der Sadr-Bewegung und ihrer Miliz, der Mahdi-Armee, die den bewaffneten Kampf vorübergehend ausgesetzt hat. Darüber hinaus ist unklar, in welchem Maß al-Qaida im Irak tatsächlich geschwächt ist.

Erhöhung der amerikanischen Truppenzahlen

Die verbesserte Sicherheitslage verdankt sich in erster Linie der Erhöhung der amerikanischen Truppenzahlen und der geänderten Taktik des US-Militärs. Die US-Streitkräfte wurden seit Januar 2007 um 28 500 Mann auf rund 160 000 Mann im Dezember 2007 aufgestockt. Außerdem ging das US-Militär nun offensiver gegen die Aufständischen vor und bildete abseits seiner Basen kleinere »combat outposts«, um Präsenz zu zeigen und den Druck auf den Gegner zu erhöhen. Auf diese Weise gelang es, die schiitische Sadr-Bewegung zurückzudrängen und die sunnitische al-Qaida zu schwächen und aus Anbar und Bagdad zu vertreiben. Die US-Regierung profitierte

dabei von Erfolgen bei ihrem Bemühen, sunnitische Aufständische für ihren Kampf gegen al-Qaida zu gewinnen. Für Juli 2008 hat die Bush-Administration den Abzug von rund 20 000 Mann angekündigt. Sollte der militärische Druck auf Aufständische und Milizen anschließend nachlassen, könnte die Gewalt wieder eskalieren.

Bekämpfung schiitischer Milizen

Das Vorgehen der US-Truppen gegen die schiitischen Milizen in Bagdad, vor allem gegen die Mahdi-Armee der Sadr-Bewegung, war der Grundstein der amerikanischen Erfolge im Jahr 2007. Es war insbesondere die Mahdi-Armee, die ab Februar 2006 durch Gewalttaten gegen Sunniten in Bagdad den Bürgerkrieg enorm verschärft hatte. Gruppierungen aus dem Umfeld der Sadr-Bewegung hatten darüber hinaus Anschläge auf die Besatzungstruppen verübt. Aus diesem Grund hatten amerikanische Politiker und Militärs Ende 2006 die schiitischen Milizen und speziell die Mahdi-Armee als wichtigste Bedrohung der inneren Sicherheit im Irak identifiziert. Die von Präsident Bush im Januar 2007 verkündete neue Irak-Strategie war insofern auch eine Kampfansage an die Sadr-Bewegung. Sadr entschied sich, einer offenen Konfrontation mit den überlegenen amerikanischen Truppen aus dem Weg zu gehen. Die Mahdi-Armee zog sich aus ihrer Hochburg Sadr-City im Osten Bagdads zurück und verlagerte sich zum großen Teil in den Süden des Landes. Die übrigen Kämpfer tauchten in Sadr-City selbst unter. Politische Vertreter der Sadr-Bewegung beteuerten derweil mehrfach ihre Bereitschaft zur Kooperation mit den irakischen Sicherheitskräften und der Regierung. Im August erklärte Sadr einen zunächst auf sechs Monate befristeten einseitigen Waffenstillstand mit den Besatzungstruppen, sunnitischen Aufständischen und konkurrierenden Milizen, woraufhin die Gewalt insbesondere in Bagdad weiter zurückging.

Die von der Sadr-Bewegung und ihrer Miliz ausgehende Gefahr für die Sicherheits-

lage im Irak ist jedoch noch nicht gebannt. Sadr nutzt die gegenwärtige relative Ruhe, um seine Bewegung und die Mahdi-Armee neu zu organisieren. Dabei geht es ihm vor allem um den Ausbau der Kontrolle über alle Teilgruppierungen, die bisher nur schwach ausgeprägt ist. Am Ende dieser Bemühungen könnte eine schlankere, aber besser organisierte und hierarchischer strukturierte Gruppierung nach dem Muster der libanesischen Hizbullah stehen.

Derzeit muss sich Sadr in erster Linie mit Kritik aus den eigenen Reihen auseinandersetzen. Für viele seiner Anhänger ist seine kompromissbereite Haltung gegenüber den USA höchst problematisch. Sadr bezieht einen großen Teil seiner Popularität aus seiner unnachgiebigen Ablehnung jeglicher Übereinkunft mit den Besatzungstruppen. Dementsprechend hält er an seiner anti-amerikanischen Rhetorik fest. Doch seine seit 2005 erkennbare Bereitschaft, sich am politischen Prozess zu beteiligen, hat schon mehrfach dazu geführt, dass sich radikalere Splittergruppen von der Sadr-Bewegung abspalteten. Darüber hinaus ist unklar, inwieweit er militantere Gruppen innerhalb der Mahdi-Armee im Griff hat. Im Laufe des Jahres 2007 hat sich gezeigt, dass es ihm zunehmend schwerfällt, diese Teile der Bewegung effektiv zu kontrollieren. Die Militanten registrieren mit Sorge, dass in Anbar und Bagdad sunnitische Milizen aufgebaut werden, die schon sehr bald zu einem ernstzunehmenden Gegner werden könnten. Außerdem steht die Sadr-Bewegung in den Provinzen südlich von Bagdad unter Druck. Dort konkurriert sie mit anderen schiitischen Gruppierungen um die Macht. Die Badr-Miliz des Irakischen Islamischen Hohen Rates, der einflussreichsten schiitischen Organisation im Irak, versucht dort im Verein mit Sicherheitskräften der Zentralregierung, den Einfluss der Sadr-Bewegung auch gewaltsam zurückzudrängen. Je länger die Waffenruhe dauert, desto größer ist die Gefahr für Sadr, dass er die Kontrolle über seine Kämpfer vollends aus der Hand gibt. Sollte die Sadr-Bewegung im Südirak weiter an Boden

verlieren, dürfte Sadr seinen Waffenstillstand aufkündigen.

Verhandlungen mit Aufständischen

Die amerikanischen Erfolge bei der Bekämpfung der sunnitischen Aufständischen gehen auf eine Kombination aus offensiven militärischen Maßnahmen und Verhandlungen mit nationalistischen Gruppierungen zurück. Die US-Truppen profitierten dabei davon, dass sich al-Qaida durch ihre selbst für den Irak beispiellose Brutalität innerhalb der Aufstandsbewegung isoliert hatte. Al-Qaida bekämpfte nicht nur Schiiten, sondern auch Sunniten, entweder weil diese sich ihrem Machtanspruch widersetzen, oder weil sie angeblich mit den Besatzungstruppen oder dem neuen irakischen Staat kooperierten.

Insbesondere ihre Übergriffe gegen Sunniten haben die al-Qaida im Irak in einen Gegensatz zu national-islamistischen Aufständischen gebracht. Diese bekämpfen primär die amerikanischen Besatzungstruppen und haben keine über den Irak hinausreichenden Ziele. Schon im Herbst 2005 war es zu Gefechten zwischen national-islamistischen Aufständischen und al-Qaida gekommen. Die Amerikaner machten sich diese Konflikte und die Furcht der sunnitischen Aufständischen vor den schiitischen Milizen und einer endgültigen schiitischen Machtübernahme zunutze. Seit spätestens Sommer 2005 führten amerikanische Stellen – unter Beteiligung der irakischen Regierung – Gespräche mit National-Islamisten und wahrscheinlich auch Baathisten. Auf diese Weise verschärfte die US-Regierung die Differenzen zwischen den aufständischen Gruppen. Daneben gelang es ihr allerdings auch, zumindest Teile von Organisationen wie den Bataillonen der 1920er Revolution und der Islamischen Armee zur Aufgabe des Kampfes gegen die Besatzungstruppen zu bewegen. Diese Kräfte wandten sich fortan gegen al-Qaida.

Diese Vorgehensweise hat entscheidend dazu beigetragen, dass al-Qaida im Irak stark geschwächt ist. Dennoch sind

amerikanische Erfolgsmeldungen, die von einem »Scheitern« der al-Qaida sprechen, weit überzogen. Vielmehr scheint sich al-Qaida unter dem Druck der US-Offensive von einer größeren Truppe von mehreren Tausend zu einer kleineren urbanen Terrorgruppe von mehreren Hundert Mann zu entwickeln. Deshalb hat die Zahl ihrer militärisch anspruchsvolleren Guerillaaktionen abgenommen. Stattdessen hat sie sich nun gezielt auf den Untergrundkampf in Städten und vereinzelt Terroranschläge verlegt. Auf diese Weise kann sie die innere Sicherheit des Irak noch auf Jahre hinaus bedrohen.

Darüber hinaus sind Zweifel an der Nachhaltigkeit der amerikanischen Erfolge berechtigt. Zunächst ist ungewiss, ob al-Qaida in Bagdad und Anbar tatsächlich geschlagen ist oder sich vielmehr zurückgezogen hat und das Ende der amerikanischen Offensive abwartet. In der Vergangenheit haben aufständische Gruppen im Irak schon mehrfach ähnlich reagiert, und auch diesmal wäre eine solche Strategie durchaus rational, da die US-Truppen ab Sommer 2008 wieder reduziert werden sollen. Schon im Jahr 2006 begann al-Qaida verstärkt in den Provinzen nördlich und nordöstlich von Bagdad zu operieren. 2007 verlagerte sie den Schwerpunkt ihrer Aktivität dann endgültig dorthin. Erst wenn irakische Einheiten in größerem Umfang amerikanische Positionen übernehmen, wird sich zeigen, ob al-Qaida im Irak in Anbar und Bagdad weiter präsent ist.

Unklar ist auch, wie stark die restlichen Aufständischen sind, die sich nicht dem Kampf der US-Truppen gegen al-Qaida angeschlossen haben. Gruppierungen wie Ansar as-Sunna und Teile der Islamischen Armee im Irak, aber auch die Baathisten halten am bewaffneten Kampf fest. Auch sie sind weniger aktiv als noch 2006, doch ist es zu früh, von einer nachhaltigen Schwächung auszugehen.

Bildung von Stammesmilizen

Neben den Verhandlungen mit den Aufständischen führte die US-Regierung auch

Gespräche mit Vertretern der irakischen Stämme, wobei es häufig zu Überschneidungen kam. Sie profitierte dabei von der wachsenden Entfremdung zwischen al-Qaida und der irakischen Bevölkerung, vor allem in der Provinz Anbar. Hier hatte al-Qaida zunehmend die Autorität und häufig auch Leib und Leben der sunnitischen Stammesführer bedroht, die in engem Kontakt zu den nationalistischen Aufständischen standen, mit dem Ergebnis, dass sich diese im Jahr 2006 den US-Truppen als Verbündete anboten.

Im September schloss ein wichtiger Stammesführer ein Abkommen mit den US-Truppen. Darin verpflichteten sich die Stämme, ihre Angriffe auf US- und irakisches Militär einzustellen, fortan gegen al-Qaida zu kämpfen und alles zu tun, um die neuen tribalen Milizen in die irakischen Sicherheitskräfte, in erster Linie die Polizei zu integrieren. Im Gegenzug versorgten die US-Truppen ihre neuen Verbündeten mit Geld und Waffen. Die neugegründete Stammesmiliz nannte sich »Rettungsrat Anbar« oder auch »Erwachen Anbars«. Den Kämpfern wird von amerikanischer Seite ein monatliches Gehalt bezahlt. Viele Angehörige der Stammesmilizen wurden tatsächlich in die Polizei aufgenommen, und schon im Frühjahr 2007 verbesserte sich die Sicherheitslage in der Provinzhauptstadt Ramadi spürbar. Im Sommer war die einstige Unruheregion weitgehend gesichert. Die »Stammesstrategie« wurde auf Bagdad und Umgebung ausgeweitet und trug dort ebenfalls zu Erfolgen bei der Bekämpfung von al-Qaida bei. Ende 2007 zählten die Mitglieder der auf diese Weise entstandenen Milizen, die sich »Räte des Erwachens« nennen, bereits mehr als 70 000 Angehörige.

Ein neuer Akteur: Die Stammesmilizen in der irakischen Politik

Das Auftreten der Stammesmilizen hat das innenpolitische Kräftetableau im Irak massiv verändert und politische Lösungsversuche erschwert. Es wird eine Haupt-

aufgabe der irakischen Politik der nächsten Jahre sein, die möglichen negativen Folgen der Bildung dieser Stammesverbände aufzufangen. Denn hier entstehen auf sunnitischer Seite bewaffnete Einheiten, die ebenso wie die der schiitischen Gruppierungen und die kurdischen Sicherheitskräfte das ohnehin nur noch rudimentär bestehende staatliche Gewaltmonopol untergraben. Nur durch eine Integration großer Teile dieser Milizen in die irakischen Sicherheitskräfte kann eine weitere Erosion des irakischen Staates verhindert werden.

Die Stammesmilizen beeinflussen das innerirakische Kräfteschema auf zwei Ebenen; einer innersunnitischen und einer gesamtstaatlichen:

Unter den sunnitischen politischen Akteuren sind die Stammesmilizen zu einem wichtigen Machtfaktor geworden und zielgerichtet in Konkurrenz zu den etablierten Parteien und Organisationen getreten. Statt vereint gemeinsame Interessen wie die Einbindung sunnitischen Personals in die Sicherheitskräfte in Bagdad durchzusetzen, nehmen die innersunnitischen Konflikte an Schärfe zu.

In Bagdad treffen die Vertreter der Stammesmilizen auf den hartnäckigen Widerstand der von Schiiten und Kurden kontrollierten Zentralregierung. Diese will weder die Stammesmilizen noch andere sunnitische Organisationen an der Macht beteiligen und lehnt deshalb auch die Integration der Stammesmilizen in die Sicherheitskräfte ab.

Innersunnitische Konflikte

Die Bildung der Stammesmilizen schürt die Auseinandersetzungen unter den Sunniten. Die Gefahr einer gewaltsamen Eskalation steigt, da der Einfluss der Bevölkerungsgruppe insgesamt abnimmt. Bagdad ist mittlerweile eine eindeutig schiitisch dominierte Stadt; viele Sunniten sind ins Ausland geflohen. Die Sunniten werden immer mehr zu einer politischen Randgruppe, während sich die interne Konkurrenz um den schwindenden Einfluss intensiviert.

Bis Ende 2006 waren die Irakische Islamische Partei und die Organisation der Gelehrten der Muslime die wichtigsten politischen Repräsentanten der Sunniten. Die Islamische Partei hat sich als mächtigste politische Vertreterin der irakischen Sunniten etabliert. Sie stand lange Zeit in der Kritik vieler Sunniten, weil sie sich prinzipiell bereit zeigte, mit den amerikanischen »Besatzern« zu kooperieren, und sich – wenn auch mit Verzögerung – am politischen Prozess beteiligte. Zu den Wahlen im Dezember 2005 trat sie in der von ihr dominierten Wahlallianz Irakische Konsensfront an, die 44 von 275 Mandaten errang. Anschließend beteiligte sich das Bündnis an der Koalition der Nationalen Einheit unter Ministerpräsident Nuri al-Maliki. Ende Juli 2007 zog die Konsensfront jedoch ihre sechs Minister aus dem Kabinett ab. Sie protestierte damit gegen die angebliche Untätigkeit der Regierung gegenüber den Aktivitäten schiitischer Milizen und gegen willkürliche Verhaftungen von Sunniten.

Der von den Stammesmilizen getragene »Rettungsrat Anbar« nutzte die anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien und der Konsensfront und unterbreitete der Regierung im Dezember 2007 eine Liste mit Personalvorschlägen für die vakanten Ministerposten (allerdings auch für die ebenfalls vakanten Posten der Sadr-Bewegung und der Irakischen Liste von Iyad Allawi). Darüber hinaus machten die im »Rettungsrat Anbar« organisierten Stammesführer auch in ihrer Heimatprovinz ihren Machtanspruch deutlich, indem sie sich im November 2007 gegen Mitglieder der Islamischen Partei in der Provinzregierung stellten und ihnen die Veruntreuung von öffentlichen Geldern und systematische Korruption vorwarfen. Sie forderten die Absetzung der Provinzregierung und eine Beteiligung an der Macht.

Auch die Organisation der Gelehrten der Muslime geriet ins Visier der Stammesführer. Der Gelehrtenrat, eine einflussreiche Vereinigung von sunnitischen Religionsführern, lehnt im Gegensatz zur

Islamischen Partei jede Zusammenarbeit mit dem neuen irakischen Staat ab, solange amerikanische Besatzungstruppen im Land sind. Seine Vertreter haben enge Kontakte insbesondere zu den national-islamistischen Aufständischen und galten bis zum Entstehen der Stammesmilizen als deren politischer Arm. Darüber hinaus beansprucht der Gelehrtenrat die politische und religiöse Führung des sunnitischen Bevölkerungsteils. Dass auch er unter dem Druck der Stammesführer steht, zeigte sich deutlich im November 2007. Die für die sunnitischen Moscheen zuständige Verwaltung der Sunnitischen Frommen Stiftungen, deren Führung den Stammesmilizen nahesteht, ließ das Hauptquartier des Gelehrtenrats in Bagdad räumen und verfügte auch die Schließung seiner Radiostation. Die Verwaltung erklärte, der Grund für die Räumung sei, dass der Gelehrtenrat und die von ihm kontrollierten Medien al-Qaida unterstützten. Der Vorgang war jedoch vor allem ein Indiz für den eskalierenden Machtkampf zwischen den sunnitischen Gruppierungen.

Stammesmilizen und Zentralregierung

Die Regierung und die sunnitischen Milizen stehen sich ablehnend bis feindselig gegenüber. Die meisten Führer und Angehörigen der Kampfverbände in Anbar und Bagdad lehnen die Regierung Maliki ab und betrachten sie als eine iranische Marionettenregierung. Ihre Entscheidung, mit den US-Truppen zu kooperieren, erklärt sich aus ihrer Lage im Jahr 2006: Sie wurden damals nicht nur von den Amerikanern einerseits und al-Qaida andererseits bekämpft, sondern hatten sich in erster Linie in und um Bagdad der eskalierenden Angriffe der schiitischen Milizen zu erwehren. Das Bündnis mit den Amerikanern war ihre letzte Chance, eine endgültige Niederlage im Kampf gegen die Schiiten zu vermeiden. Die Regierung um Ministerpräsident Maliki hingegen sieht hier gegnerische Milizen anwachsen, die ihre Position in Bagdad bedrohen. Die schiitischen Parteien insgesamt be-

trachten die sunnitischen Milizen schlichtweg als sunnitische Terroristen, die sich aus taktischen Gründen zeitweilig geläutert geben. Viele Politiker lehnen deshalb eine Integration dieser Einheiten in die Armee und die Polizei rundheraus ab. Insgesamt ist in Bagdad die Sorge verbreitet, dass die Amerikaner hier eine Bürgerkriegspartei der Zukunft heranzüchten, auf die die schiitischen Milizen mit entsprechenden Vorbereitungen reagieren werden.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Regierung den Führern der neuen Milizen kaum angenähert, auch dort, wo diese die Aufständischen bereits seit 2006 mit Erfolg bekämpfen. Nur in Anbar sind fast alle Angehörigen der Milizen in die örtliche Polizei aufgenommen worden. In Bagdad hingegen akzeptierten die irakischen Behörden nur einen Bruchteil der Freiwilligen. Dies geht auf regionale Unterschiede zwischen den Milizen zurück: In Anbar, wo sich ihnen bisher rund 25 000 Freiwillige angeschlossen haben, wird die neue Strategie vor allem von den Stämmen getragen. Deshalb und weil Anbar ein weitgehend homogenes sunnitisches Territorium ist, hält die Regierung die Aktivitäten der Milizen dort für wenig bedrohlich. In Bagdad hingegen haben die Milizen bereits mehr als 40 000 Mann in ihren Reihen. Viele dieser Rekruten sind ehemalige Baathisten und Angehörige der einstigen Sicherheitskräfte. Ihnen begegnet die Regierung Maliki mit offener Feindseligkeit. Unbestätigte Berichte, nach denen die Islamische Partei in Bagdad und Umgebung unter dem Deckmantel der »Räte des Erwachens« eine eigene Miliz aufbaut, bestärken die Regierung in ihrer ablehnenden Haltung.

Der Widerwille gegen eine entsprechende Politik wird von den irakischen Regierungsstellen deutlich artikuliert. Ende Dezember 2007 lehnten Verteidigungsminister Jasim und Innenminister Bulani auf einer Pressekonferenz die Integration von Einheiten der Sunnitmilizen in die Armee und die Polizei explizit ab. Nur Einzelpersonen würden nach eingehender Prüfung zum Dienst zugelassen. Gleichzeitig forderten

führende schiitische Politiker eine strenge Kontrolle der Sunnitenmilizen durch die irakische Regierung.

Fehlende Kompromissbereitschaft der Regierungsparteien

Das Problem der Stammesmilizen wäre nur dann zu lösen, wenn die Regierung Maliki auf die sunnitischen Organisationen zugehe und sich bereit zeigte, zumindest einige von ihnen effektiv an der Macht in Bagdad zu beteiligen. Bisher ist die Politik der Zentralregierung jedoch von beharrlicher Kompromisslosigkeit geprägt. Der wichtigste Schwachpunkt der amerikanischen Strategie liegt darin, dass es der Bush-Administration nicht gelingt, die irakische Regierung dazu zu bewegen, sunnitische Parteien und Organisationen in den Zirkel der Macht einzubeziehen.

Als Gradmesser der Kompromissbereitschaft der Zentralregierung gelten drei politische Vorhaben: die Gesetze zur Entbaathifizierung und zur Verteilung der Öleinnahmen sowie die Überarbeitung strittiger Bestimmungen in der Verfassung von 2005. Die US-Regierung sieht in einem eventuellen Entgegenkommen der Zentralregierung in diesen Fragen einen Prüfstein für deren Bereitschaft, einen Teil ihrer Macht an sunnitische Parteien abzugeben.

Verfestigung der Gegensätze

Statt auf eine Lösung zuzusteuern, scheinen sich die innenpolitischen Konflikte in Bagdad jedoch verfestigt zu haben. Die einstige Regierung der nationalen Einheit ist seit Sommer 2007 auf eine faktische Koalition aus dem schiitischen Irakischen Islamischen Hohen Rat, der schiitischen Daawa-Partei und den Kurdenparteien KDP und PUK zusammengeschrumpft. Ihre Legitimität ist beschränkt, und außerhalb Bagdads (und der kurdisch besiedelten Gebiete) vermag sie sich gegen ihre Gegner kaum zu behaupten. Dabei ist die irakische Politik in zwei Lager geteilt: Auf der einen Seite steht diese Viererkoalition, deren

Bestandteile unnachgiebig versuchen, ihre jeweiligen Föderalismusprojekte im Norden und Süden des Landes durchzusetzen. Der Hohe Rat will im April 2008 eine von ihm kontrollierte föderale Region in den schiitischen Provinzen südlich von Bagdad konstituieren. Die Kurdenparteien arbeiten gleichzeitig daran, den Anschluss der Provinz und Stadt Kirkuk an die Kurdenregion im Norden zu sichern. Auf der anderen Seite finden sich alle übrigen politischen Kräfte, die sich primär durch ihre Gegnerschaft gegen die Vorhaben der Viererkoalition definieren, untereinander jedoch zerstritten sind. Zu ihnen gehören unter anderem die Sadr-Bewegung, die Irakische Liste Iyad Allawis und alle sunnitischen Parteien im Parlament. Infolge des Austritts der Minister dieser Parteien aus der Regierung der nationalen Einheit kann die Viererkoalition ihre Kontrolle über die zentralen Institutionen in Bagdad dazu nutzen, ihre Politik auch ohne Zustimmung des seither fast vollkommen gelähmten Parlaments voranzutreiben.

Kaum Fortschritte bei wichtigen Gesetzesvorhaben

Diese Ausgangssituation hat dazu geführt, dass die Regierung ein Machtteilungsarrangement mit allen Mitteln zu verhindern sucht. Die für eine Aussöhnung zwischen den Volksgruppen wichtigsten Gesetzesvorhaben werden – obwohl die US-Regierung auf Fortschritte drängt – entweder nicht weiterbetrieben oder sie bewirken keine spürbare Verbesserung im Verhältnis zwischen Sunniten und Zentralregierung:

Mitte Januar verabschiedete das irakische Parlament ein Gesetz zur Entbaathifizierung. Es sieht eine Lockerung der im Mai 2003 verkündeten Entbaathifizierungsmaßnahmen vor, die von den Sunniten als in erster Linie gegen ihre Volksgruppe gerichtet betrachtet werden. Vertreter der wichtigsten sunnitischen Organisationen lehnen jedoch auch die nun reformierte Fassung als Fortschreibung des alten Entbaathifizierungsgesetzes ab.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2008
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Ein Gesetzespaket zur Neuordnung des Ressourcensektors – gemeinhin Ölgesetz genannt – liegt im Entwurf vor, ist aber blockiert. Eines der Gesetze hätte die Aufgabe, die Verteilung der Einnahmen aus dem Energieexport zu regeln. Dieses Gesetz ist immens wichtig, weil die sunnitischen Organisationen befürchten, infolge der Bildung föderaler Regionen im Süden und Norden des Landes in einem ressourcenarmen Rumpfstaat im Westen des Irak zurückzubleiben. Nur wenn die sunnitischen Gebiete angemessen am Energie-reichtum des Landes beteiligt werden, kann eine nationale Aussöhnung vorankommen.

Auch die Verhandlungen über eine Revision der Verfassung stocken. Die Einrichtung einer beratenden Kommission war im Herbst 2005 vereinbart worden, um strittige Bestimmungen der Verfassung – insbesondere die Föderalismusartikel – noch einmal überarbeiten zu können. Die USA hofften auf diese Weise, die Zustimmung einiger sunnitischer Gruppierungen zur Verfassung gewinnen zu können. Die Kommission wurde allerdings erst mit großer Verspätung im September 2006 eingerichtet. Sie ist zutiefst zerstritten. Insbesondere in den Fragen des föderalen Charakters des neuen Irak, des Status von Kirkuk und der Entbaathifizierung, die bereits die kontroversen Debatten über den Verfassungsentwurf geprägt haben, ist keine Einigung in Sicht, nicht zuletzt weil die Parteien der Viererkoalition in der Kommission dominieren und keine Änderung der bestehenden Verfassung wollen.

Fazit

Zu den bereits seit 2005 bestehenden Problemen zwischen den politischen Parteien im Irak kommt infolge des amerikanischen Vorgehens ein neuer Unruhefaktor in Gestalt der sunnitischen Milizen von Anbar und Bagdad (und gegebenenfalls weiterer Milizen auch in anderen Regionen) hinzu. Die neuen Kräfte drohen die prekäre Machtbalance unter den Sunniten nachhaltig zu erschüttern und werden es der Viererkoali-

tion, die die Zentralregierung dominiert, schwer machen, ihre Position zu konsolidieren. Die Kompromissbereitschaft des Hohen Rates, der Daawa-Partei und der beiden Kurdenparteien wird durch diese Entwicklung nicht gefördert. Vielmehr dürften sie in den kommenden Monaten weiterhin versuchen, ihre Machtbasen im Norden und Süden des Landes zu sichern und auszubauen. Im Süden des Irak wird diese Politik die Konflikte zwischen schiitischen Gruppierungen anheizen; im Norden nimmt die Gewalt sunnitischer Aufständischer zu. Die von den USA forcierte Einbindung der Stämme stärkt die Gegner der Viererkoalition und ihrer Föderalismusprojekte und schwächt damit eine ohnehin äußerst schwache Regierung. Die vorläufige Stabilisierung im Zentralirak droht somit lediglich zu einer vorübergehenden Episode im irakischen Bürgerkrieg zu werden. Die grundsätzlichen Probleme der irakischen Politik bestehen fort. Erst wenn Teile der sunnitischen Milizen in die Sicherheitskräfte aufgenommen, die für eine Aussöhnung zentraler Gesetze effektiv implementiert und die Sunniten an der Regierung beteiligt werden, besteht Aussicht auf eine nachhaltige Stabilisierung des Landes.